Modernisierung des Datenschutzes

Johann Bizer

Sackgasse?

Für den 5. März 2007 hatte der Innenausschuss des Deutschen Bundestages zu einer öffentlichen Anhörung zum Thema Modernisierung des Datenschutzes eingeladen. Weitere Fragenkreise waren das Datenschutzaudit, Scoring und die Meldepflicht von Datenschutzpannen durch die verantwortliche Organisation. Die Beiträge der meisten der geladenen Sachverständigen sind in diesem Heft dokumentiert.

Ist die Modernisierung des Datenschutzes ein aktuelles Thema der Politik? Mein Eindruck ist negativ: Weder ist die Umsetzung des Gutachtens von Roßnagel/Pfitzmann/Garstka aus dem Jahr 2001 für die Abgeordneten ein Thema noch scheinen die weiteren Vorschläge zur Vereinfachung des Datenschutzrechts auf Interesse zu stoßen.¹

Warum auch? Der Gesetzgeber müsste ernsthaft in eine komplexe und zersplitterte Gesetzgebungslandschaft eine klärende Schneise schlagen. Dies bedeutet Arbeit und ist politisch unattraktiv, weil sie die Zuständigkeiten zahlreicher Ausschüsse betreffen würde: Schon der Wirtschaftsausschuss hat Schwierigkeiten, die Vereinheitlichung von Telemediendatenschutz und TK-Datenschutz voranzutreiben. Eine Vereinfachung des Datenschutzes betrifft darüber hinaus so komplizierte Themenfelder wie den in sich schon heterogenen Sozialdatenschutz und den seit Jahren nicht regulierten Arbeitnehmerdatenschutz.

Wo der politische Wille fehlt, da fehlt natürlich auch der Einsatz der Ministerialbürokratie. Man könnte auch umgekehrt vermuten, dass die beratenden Ministerialbürokraten kein durchschlagendes Interesse haben, sich mit der Vereinfachung einer Materie zu befassen, die mehrere Personen eine Weile intensiv beschäftigen dürfte.

Das Schicksal einer an sich notwendigen Neustrukturierung einer komplexen Materie teilt das Datenschutzrecht übrigens mit vergleichbaren Reformwerken wie der

Vereinheitlichung des Umweltschutzrechts oder des Steuerrechts. Die Lehre ist ernüchternd: Nicht einmal große Koalitionen haben die Kraft, grundlegende Reformwerke in Auftrag zu geben.

Chancen für das Datenschutzaudit?

Dieser an sich enttäuschende Befund wird jedoch relativiert durch die Diskussion um das Datenschutzaudit. Die anfängliche Skepsis von Seiten der Abgeordneten der Großen Koalition wird durch ein spürbares Interesse an einer Zertifizierung abgelöst. Im parlamentarischen Umfeld spielt eine gewisse Rolle, dass nicht nur Bündnis90/Die GRÜNEN für dieses Instrument optieren, sondern dass auch die FDP die proaktive Steuerungsfunktion dieses Instruments erkannt hat und die Regierung mit kritischen Fragen löchert.

Eine erhebliche Rolle für den beginnenden Stimmungswandel spielen die positiven Erfahrungen aus Schleswig-Holstein. Dort hat das ULD mittlerweile für über 35 Produkte ein Datenschutz-Gütesiegel vergeben und mehr als 15 Auditierungen im Behördenbereich erfolgreich abgeschlossen. Eine wichtige Signalwirkung hat das von Ministerpräsident Carstensen (CDU) am 16. Februar 2007 an Microsoft für den Windows Update Server vergebene Datenschutz-Gütesiegel. Die nunmehr internationale Bedeutung des Datenschutz-Gütesiegels zeigt, dass das Instrument attraktiv und ernst genommen wird.

Das erfolgreiche Verfahren zeigt aber auch, dass den „Kleingeistern“ und „Hilfsbremsern“ in Regierung und Ministerialbürokratie nun die Argumente auszugehen drohen: Aber nicht nur dies, mit der Internationalisierung des Gütesiegels ist auch der politische Gestaltungsspielraum in Berlin erheblich reduziert. Niemand wird politisch plausibel machen können, warum ein auch international erfolgreiches Instrument nun neu aufgestellt werden müsse. Das Gegenteil ist der Fall: Nun hat Brüssel den lange

Jahre im Spielfeld liegenden Ball aufgenommen. Gespielt wird nun europäisch: Das ULD erarbeitet ab Anfang Mai 2007 im Auftrag der EU-Kommission an einer Europäisierung des Gütesiegels à la Schleswig-Holstein.

Sekundär sind auch die Einwände, eine Aufsichtsbehörde können nicht beaufsichtigen und gleichzeitig zertifizieren: Zum einen erwarten Nachfrager und Betroffene die Zertifizierung durch eine öffentliche, sachkundige und damit vertrauenswürdige Einrichtung wie das ULD.

Zum anderen ist noch niemand auf die Idee gekommen, den Datenschutz-Kontrollbehörden die gesetzlichen Aufgaben der Beratung und der Vorabkontrolle abzusprechen, obwohl auch diese nicht ohne eine festlegende Selbstbindung möglich sind. Aufsicht und Selbstbindung stehen nicht im Widerspruch: Kontrolle setzt ebenso wie Beratung eine Festlegung voraus, ob die Erfüllung von gesetzlichen Anforderungen datenschutzkonform ist. Entsprechendes gilt auch für die Zertifizierung. Rechtssicherheit und Datenschutz sind also kein Widerspruch. Die Praxis in Schleswig-Holstein zeigt dies.

Zu diesem Heft

Den Rahmen für die Diskussion zur Modernisierung des Datenschutzes skizziert *Kars ten Neumann*, indem er die Herausforderungen an den Datenschutz durch die technische Entwicklung beschreibt. *Alexander Dix* entwickelt in seinem Beitrag Lösungsansätze zur Modernisierung des Datenschutzes. *Peter Schaar* plädiert im Zusammenhang mit der Modernisierung für eine neue Ethik der Informationsgesellschaft. *Johann Bizer* formuliert vier zentrale Säulen eines modernen Datenschutzes. *Andreas Jaspers* stellt für die Gesellschaft für Datenschutz und Datenverarbeitung (GDD e.V.) und der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv e.V.) seine Vorstellungen zur Modernisierung des Datenschutzes vor.

¹ Bspw. Bizer, Strukturplan modernes Datenschutzrechts, DuD 2004, 6 ff.